

TAKTISCHE ANFORDERUNGEN AN DEN LADERAUM DES FUSTW

Zu viel? zu schwer? Oder alles gut?

Wenn die Anforderungen an eine Ausstattung für Terrorlagen und die ganz normalen Ansprüche an einen Streifenwagen zusammenkommen, sind räumliche und physikalische Grenzen erreicht.



Anfang April hat die ZPT Interessierten das von einem professionellen Anbieter entwickelte Laderaumsystem für den Fustw Audi A 4 vorgestellt.

Zuvor hat die ZPT den Markt hinsichtlich platzsparender Ausrüstungsteile erkundet und ist an einigen Stellen fündig geworden, beispielsweise bei klappbaren Warnblinkleuchten.

Der Sachstand gab aber noch keinen Anlass zu endgültiger Zufriedenheit. Das sind die Fragestellungen und Probleme:

- Nahezu 170 kg Zuladung hinter der Hinterachse verschlechtern das Fahrverhalten gründlich – der Einbau anderer Fahrwerkskomponenten könnte erforderlich werden.
- Einige Teile (Absperrrand pp.) konnten nicht untergebracht werden.
- Für die persönlichen Ausrüstungsgegenstände bleibt wieder nur der Platz im Fahrzeuginneren – mit allen damit verbundenen Problemen.
- Insgesamt ist die Verstaueung Millimeterarbeit und es stellt sich die Frage nach der Alltagstauglichkeit.
- Die Frage nach der künftigen Bewaffnung müsste geklärt werden. Wird die MP kleiner oder geht der Trend zu einem kurzen Sturmgewehr?

Florian Schneider (ZPT) kümmert sich seit Monaten darum, Lösungen für die Unterbringung des in einem Streifenwagen erforderlichen Equipments zu finden.
Oben links: Das alles muss rein; **Oben rechts:** So sieht es leer aus; **Rechts:** Vollgestopft auf den letzten Millimeter und einige Teile unverstaut.
Ebenfalls nicht untergebracht: Die persönliche Ausrüstung des Streifenteams.



Ausrüstung und TYP überdenken?

Die Vorschläge der AG „Lebensbedrohliche Einsatzlagen“ sind wirklich aller Ehren wert und gut durchdacht. Und doch bleiben sie auf dem Prüfstand. Auf Einzelheiten wird hier aus nachvollziehbaren Gründen verzichtet.

In anderen Bundesländern gibt es auch Überlegungen, auf andere Fahrzeugtypen umzusteigen, beispielsweise im Segment Mittelklasse-Vans.

Für die Ausschreibung künftiger Fustw-Generationen werden jedenfalls Erfahrungen gesammelt. Auch in der Pkw-Kombi-Mittelklasse gibt es Fahrzeuge mit deutlich größerem Laderaum.

PERSONALRATSWAHLEN

In der Zeit vom 24. bis 28. April haben die Personalratswahlen stattgefunden.

Bei Drucklegung am 12. April waren logischerweise noch keine Ergebnisse bekannt.

Die GdP hat in Flugblättern berichtet. In der DP-Juni-Ausgabe werden wir bereits über die Konstituierung der Gremien berichten können.

Neuigkeiten und wertvolle Tipps

Im März und im April hat die GdP zahlreiche „GdP-vor-Ort-Termine“ wahrgenommen. An den großen Standorten in Form von Info-Veranstaltungen. Stellvertretend für alle drucken wir den Bericht der Bezirksgruppe Mainz ab.

Anfang April waren alle Kolleginnen und Kollegen des PP Mainz in den Jakob-Steffan-Raum am Valenciaplatz eingeladen. Ernst Scharbach, Sabrina Kunz und Margarethe Relet vom Landesvorstand sowie Gewerkschaftssekretär Markus Stöhr und René Klemmer vom Gesamtpersonalrat informierten die Teilnehmer über Sachstand und Entwicklung aktueller Polizeithemen.

Der Bezirksgruppenvorsitzende **Markus Scheid** konnte auch Polizeipräsident **Reiner Hamm** unter den Teilnehmern begrüßen und stellte in seinen einleitenden Worten die besondere Belastung der Polizei Mainz dar.

Aufgrund der dünnen Personaldecke und vieler Einsatz sowie der Beteiligung an zahlreichen Arbeitsgruppen und Pilotprojekten haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Arbeitsbereiche schon lange die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Trauriger Beweis ist die hohe Anzahl eingeschränkt dienstfähiger Kolleginnen und Kollegen.

dauerlicherweise können dabei zunächst nicht alle Kolleginnen und Kollegen in ihrem Einstellungspräsidium Verwendung finden. Es sind aber weitaus weniger, als zunächst befürchtet. Die GdP hat erfolgreich darauf gedrungen, dass Trennungsgeld gezahlt wird und dass die Kolleginnen und Kollegen ab Oktober auch wieder am Versetzungsgeschehen teilnehmen.

Zur Neukonzipierung eines Personalzumessungsmodells hat sich eine Arbeitsgruppe konstituiert, die verschiedene neue Berechnungsmodelle



Interessierte Teilnehmer beim PP Mainz

Foto: GdP



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

Personal & PZM

Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** und seine Vize **Sabrina Kunz** stellten die aktuelle Personalentwicklung auf Landesebene dar und reflektierten dabei auf die einschneidenden Verfahrensänderungen im Versetzungsverfahren durch die Einrichtung des PP ELT.

So entfallen künftig Rotation, Elternpool und Objektschutz (außer in der Staatskanzlei) aus dem Aufgabengebiet der Bereitschaftspolizei. Das dafür nötige Personal wird dem Präsidium gutgeschrieben. Gleichzeitig wird die Personalstärke der Bepo von 15 (nominal) auf zehn Einsatzzüge reduziert, die dann tasächlich verfügbar sein sollen.

Nur etwa 50 Hochschulabsolventen pro Lehrgang werden ihre Erstverwendung für drei bis fünf Jahre in der BePo finden, alle anderen werden direkt in den Einzeldienst versetzt. Be-

entwickeln und unter Beachtung der derzeitigen Personalstruktur bei der Polizei die Verteilung der Kolleginnen und Kollegen regeln wird.

Mobiler Arbeitsplatz & zNuE

Beim Thema Technik wird das PP Mainz mit zwei Dienststellen am Pilotprojekt „Mobiler Arbeitsplatz“ teilnehmen. Sabrina Kunz führte dazu aus, dass Mitarbeiter der PI Mainz 2 und der PI Ingelheim in einer 3-monatigen Testphase mittels verschiedener digitaler Endgeräte (Smartphones, Netbooks und Tablets) sowohl Abfragemöglichkeiten (EWOIS und ZEVIS) als auch Eingabemöglichkeiten (z. B. elektr. Fahrtenbuch) testen sollen. Auch der Messengerdienst POMMES wird zur Verfügung stehen. Vor Beginn des Piloten wird sichergestellt, dass auch der Zugriff auf Poladis und Polis



TARIFVERTRAG – BESOLDUNG & DIÄTENERHÖHUNG

Glaubwürdigkeit des Landtags gefährdet

Die geplante Anpassung der Abgeordnetendiäten hat im Zusammenhang mit dem Tarifabschluss und der Frage der Übernahme für die Beamtinnen und Beamten zu einer Welle der Entrüstung geführt.

Bei Redaktionsschluss waren die Bemühungen von DGB und GdP um Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtenbesoldung und deren sinnvolle Anpassung in vollem Gange.

DGB und GdP haben ihrem Ärger in offenen Briefen und Leserbriefen Luft gemacht und haben im April ihre Bemühungen fortgesetzt.

Fortsetzung von Seite 2

gewährleistet ist. Die Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzmanagement nach dem Mainzer Modell (zNuE) soll nach und nach auch von den anderen Präsidien übernommen werden.

Beförderungen & LAZ

Ernst Scharbach führte beim Thema Beförderungen 2017 aus, dass in diesem Jahr das Budget auf dem gleichen Niveau liegt, wie im vergangenen Jahr. Die hartnäckige Forderung der GdP zur Regelbeförderung bis A 11 wird von der Politik kategorisch abgelehnt.

Nicht zuletzt durch den Protest der GdP wird das MdI allen von den BuE gemeldeten namentlichen Anträgen auf Dienstzeitverlängerung in 2017/18 Rechnung tragen.

Heilfürsorge

Beim Thema Freie Heilfürsorge gestalten sich die Verhandlungen äußerst zäh, so Scharbach in seinen Ausführungen. Gutachten und Gegengutachten verzögern leider noch die flächendeckende Einführung der Heilfürsorge in Rheinland-Pfalz.

Nur soviel: Für Rheinland-Pfalz wurde ein Professor für Gesundheitsökonomie mit einer Wirtschaftlichkeitsprüfung beauftragt.

In anderen Bundesländern ist die Freie Heilfürsorge bereits seit Längerem eingeführt und funktioniert reibungslos!

Aus der Pressemitteilung des DGB:

„Wir bleiben dabei, wenn die Abgeordneten des Landtages für sich eine kräftige Erhöhung ihrer Bezahlung mit Blick auf die Diätenhöhe anderer Bundesländer für angemessen halten, dann muss das auch für die Beamtinnen und Beamten im Land gelten,“ so der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid.

Seit Jahren hinkt die Beamtenbesoldung den anderen Bundesländern hinterher. Bei der Besoldungsgruppe A 9 – mit der etwa Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden – liegt Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz im

Ländervergleich. Eine rheinland-pfälzische Polizistin würde etwa in Baden-Württemberg 1700 Euro jährlich mehr verdienen.

Muscheid: „Ich kann es keinem Beamten verdenken, wenn er in ein anderes Bundesland abwandert, um mehr Geld zu verdienen. Hier muss das Land gegensteuern. Hier müssen die Abgeordneten den Beamtinnen und Beamten das auch zubilligen, was sie für sich als Begründung für ihre Diätenerhöhung anführen.“

Im Ländervergleich verliert Rheinland-Pfalz zunehmend den Anschluss an andere Länder.

Tarif & Besoldung

Margarethe Relet und René Klemmer informierten darüber, dass die zweiprozentige Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten im April und für die Beamtinnen und Beamten mit dem Juni-Gehalt ausgezahlt wird; beides rückwirkend zum 1. 1. 2017.

Umfassender GdP-Rechtsschutz

Getreu dem Slogan „Sicherheit für Dich“ setzte Markus Stöhr mit umfassenden Informationen rund um das Thema Rechtsschutz den Schlusspunkt der Veranstaltung. Er gab wertvolle Tipps im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Schmerzensgeld im außergerichtlichen und gerichtlichen Zivilverfahren. Auch für die Fälle, in denen gegen Kolleginnen oder Kollegen ermittelt wird und wenn Disziplinarverfahren drohen, steht den GdP-Mitgliedern der gewerkschaftliche Rechtsschutz zu.

GdP-Erfolg

Bislang wurde von der Geschäftsstelle eine große Anzahl von Schmerzensgeldforderungen erfolgreich durchgesetzt. Der von der GdP verfasste Gesetzesentwurf, der die Erfüllungsübernahme für titulierte Schmerzensgeldansprüche durch den Dienstherrn regelt, soll demnächst vom Parlament verabschiedet werden.

Ein weiterer Erfolg für die GdP!

Markus Scheid,
Bezirksgruppenvorsitzender

Muscheid: „Die Abgeordneten setzen ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel wenn sie nur an sich denken und ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Beamtinnen und Beamten im Land nicht nachkommen.“

GdP-Beamtenrechtsexperte **Heinz Werner Gabler** bringt es auf den Punkt:

„Die reine Übernahme des Tarifergebnisses wird die Beamtinnen und Beamten in RLP noch weiter abkoppeln, denn in anderen Ländern und beim Bund werden die Prozente von weitaus höheren Besoldungszahlungen aus angehoben.“

Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen im öffentlichen Dienst fordern für die anstehenden Änderungen des Besoldungsgesetzes RLP neben dem prozentualen Anstieg der Besoldung eine strukturelle Verbesserung der Besoldungstabelle. Hierzu könnten entweder eine zusätzliche Erhöhung für die Beamten gewährt oder zusätzliche tabellenwirksame Sockelbeträge eingeführt werden. Für die Pensionäre müsste die Erhöhung wie für die Beamten gelten.

Nur so kann schrittweise eine Angleichung an die anderen Länder erfolgen und ein weiteres Absacken verhindert werden.

Was in der Begründung für Brandenburg aber auch für die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages zur Besoldungsanhebung und zur Entschädigungsanhebung angeführt wird, nämlich, dass man im Vergleich zu anderen Bundesländern im unteren Bereich liege und daher die Bezahlungssituation verbessern müsse, muss auch für die Beamtenbesoldung greifen.“



„ONLINE-WACHE“ IST THEMA IM LANDTAG

Skepsis ist berechtigt

Die Polizeisprecherin und Fraktionsgeschäftsführerin der Grünen-Landtagsfraktion, Pia Schellhammer, hat im parlamentarischen Raum die Frage aufgeworfen, ob es in Rheinland-Pfalz eine Polizeiwache im Internet geben müsste.

Als ersten Impuls möchte man sagen: „Klar, das ist die Höhe der Zeit, da können wir uns nicht verweigern. Aber das Personal ...“.

GdP-Chef **Ernst Scharbach** hat es vorgezogen, zunächst einen „Blick ins Gelände“ zu werfen. Aus NRW kam diese Rückmeldung des stellv. Landesvorsitzenden Wolfgang Spies – reflektiert mit der polizeilichen Praxis:

1. Es werden eine Vielzahl von Sachverhalten angezeigt, die gar keine Straftaten beinhalten. Bei vielen Anzeigenerstattungen auf der Polizeiwache würde man die „Anzeigener-

statter“ an das Ordnungsamt verweisen oder ihnen erklären, dass aus den unterschiedlichsten Gründen kein Straftatbestand vorliegt.

2. Angezeigte Straftaten werden in wenigen kurzen Worten dargelegt. In sehr vielen Fällen ist eine Nachvernehmung unbedingt erforderlich, um die Straftatbestände herauszuarbeiten. Die Anzeigenerstatter erfüllen nicht im Geringsten die Anforderungen, die bei der Erstattung einer Strafanzeige erforderlich sind.

3. Es ist erforderlich, dass die Anzeigenerstatter bei der Polizei erscheinen, um ihre Strafanzeige zu unterschreiben und um zweifelsfrei die Identität des Anzeigenerstatters (Personalienfeststellung) zu klären. Dafür haben viele Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis. **Es wäre aber unverantwortlich, wenn aufgrund einer Onlineanzeige Grundrechtseingriffe vorgenommen würden.**

4. Es ist festzustellen, dass das Onlineverfahren eine größere Anzahl von

Strafanzeigen bewirkt. Wie bereits oben gesagt, werden aber oft gar keine Straftatbestände erfüllt.

Als persönliches Negativbeispiel führt der Kollege den Fall eines bundesweit tätigen Automatenaufstellers an, der die Weihnachtsfeiertage nutzte, über 80 Sachbeschädigungsanzeigen an Kaugummiautomaten mit bundesweiten Tatorten zu erstatten.

Die Anzeigen waren mangelhaft und die Tatörtlichkeiten nicht genau genug bezeichnet. Das LKA wies der Wohnortbehörde des Geschädigten zunächst die Vorgänge zu, die aufwendig nachbearbeitet werden mussten.

Vor diesem Hintergrund plädiert die GdP für eine konsequente Folgenabschätzung beim Thema Onlinewache.

FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Cybercrime muss in die PKS



Der **Fachausschuss Kriminalpolizei** hat in seiner Sitzung Ende März alle akuten Problemstellungen in der KriPo diskutiert und Lösungsansätze formuliert. Es ging um die Nachwuchswerbung für „K“ ebenso wie um Schutzausstattung, Cybercrime und PKS, Digitalisierung der KPS, Mobile Arbeitsplätze, erweiterte DNA-Analyse, Asservaten, Gesundheit, Regelbeförderung und vieles mehr. **Nachmittags begrüßten der Vorsitzende Dietrich Gödker und GdP-Vize Bernd Becker den Kollegen Frank Wimmel, der ab diesem Jahr Aufgaben in der Redaktion „Die Kriminalpolizei“ übernimmt, zu einem ersten Austausch. Mit dabei auch der Landesvorsitzende Ernst Scharbach und GdP-Sekretär Markus Stöhr.**

Foto: GdP

KURZ & KNACKIG I

■ **Letzte Meldung aus dem Projekt GAP: KDD in der Westpfalz steigt aus**

Der Kriminaldauerdienst beim PP Westpfalz hat nach reiflicher Überlegung die Teilnahme am Pilotmodell „Gesünderes Arbeiten im Wechselschichtdienst“ abgebrochen. Dem Vernehmen nach ist Hintergrund die unzureichende Personalausstattung, die zur ständigen Improvisation zwingt. Wenn man ohnehin ständig flexibel umplanen müsse – so war es zu hören – könne man auch gleich zu dem alten Flexmodell zurückkehren

■ **Personalkostenanteil des Landes stark gesunken**

Einer Darstellung des Statistischen Landesamtes zufolge sind die Personalkosten des Landes Rheinland-Pfalz zwischen 2005 und 2015 von 45% des Gesamthaushaltes auf 37% gesunken.

Da fragt sich der aufmerksame Leser sicher, ob die Geschichte von den ach so problematischen Personalkosten vielleicht in die Welt der Mythen und Märchen gehört.



KOMMISSION INNERE FÜHRUNG

Interessengruppen konstituiert



Die Kommission Innere Führung ist seit vielen Jahren eine bewährte Einrichtung der rheinland-pfälzischen Polizei und hat sich jetzt selbst erneuert und neu aufgestellt.

Kernstück der organisatorischen Fortschreibung ist die Einrichtung von Interessengruppen – vier an der Zahl. Die Interessengruppen mit den von den Behörden und Einrichtungen entsandten Mitgliedern haben sich im Februar erstmals getroffen, um Themenfelder zu erschließen und ihre Sprecher zu wählen. Die Sprecher haben im März in der 64. Sitzung der Ständigen Konferenz, der KIF – geleitet von Inspekteur Jürgen Schmitt – ihre Ergebnisse vorgetragen.

Unter anderem wurden ganz praktische Themen wie die Platz- und La-

deraumssituation im Fustw angesprochen, aber auch die Forderung nach Minimierung des Beurteilungsaufwandes durch einen Einstieg in die Regelbeförderung nach A 10 thematisiert. Die Sprecher nahmen kein Blatt vor den Mund und gaben kritische Inhalte ungefiltert weiter.

Als Sprecher der Interessengruppen fungieren:

IG I – Führungskräfte:

Gerald Gouasé, Leiter der Polizeidirektion Worms

IG II – Mitarbeiter:

Eva Haimann, Wechselschichtdienst der PI Mayen

IG III – Berufsanfänger:

Christian Weinmann, Wechselschichtdienst der PI Straßenhaus

IG IV – Verwaltung und Tarifbereich

Markus Baisch, Polizeiverwaltung im PP Mainz

Kurz & Knackig II

■ Dienstzweigwechsel I

Das MdL hat für das PP Mainz sieben und für das PP Trier elf Ausnahmen von den Voraussetzungen für einen Wechsel in die Kriminalpolizei zugelassen und dazu das Benehmen mit dem Hauptpersonalrat hergestellt.

In zwei Fällen geht es um Kollegen des Bewährungsaufstiegs, in einem Fall um ein einschlägiges Erststudium vor dem BA-Studium Polizei und in 15 Fällen um Ausnahmen von den zwei Jahren Mindest- erfahrung im polizeilichen Einzeldienst. Als absolute Untergrenze wurde eine Verwendung von sechs Monaten im Einzeldienst angesehen.

In den beiden Präsidien hatte es keine ausreichende Zahl an Bewerbern für den Kriminaldienst gegeben, so die Begründung gegenüber dem Hauptpersonalrat Polizei.

■ Dienstzweigwechsel II

Die hohe Zahl der Dienstzweig- wechslers führt dazu, dass die Lehrgangsplätze für die theoretische Grundqualifizierung an der HdP aufgestockt werden. Es wird auch nicht mehr durchhaltbar sein, die Theorie immer am Anfang der Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen.

Im MEK ist das „Massenproblem“ am gravierendsten. Bis zur Konsolidierung des Dienstbetriebs mit dem erheblichen Personalzu- wachs in den neuen Strukturen, soll es dort möglich sein, zu- nächst lediglich die theoretische Grundqualifizierung und einen Monat „Durchlauf“ in einer K-Dienststelle zu absolvieren, um dann im MEK-Dienst Verwendung zu finden. Die weiteren prakti- schen Qualifizierungsmaßnahmen sollen später nachgeholt werden.

■ Anpassung des BA-Curriculums

Wegen der neuen Erstverwen- dung direkt im Einzeldienst und nur noch zum Teil in der Bereit- schaftspolizei soll das Modul 11 (heute noch 13) des Studiengangs umgestaltet werden. Es entstehen Freiräume für praktische und the- oretische Wahlpflichtanteile in al- len acht (später neun) Fachberei- chen. Die Erhöhung des Wahl- pflichtanteils entspricht einer For- derung des Akkreditierungsbüros.

AUSRÜSTUNG

Oberschenkelholster als Trageoption erhalten!

„Die drei allseits bekannten Trageweisen der Dienstwaffe – ohne Steg, kurzer Steg, langer Steg – werden absehbar um eine weitere Option komplettiert.“

Diese Meldung haben wir vor Jahresfrist veröffentlicht. Jetzt hat die Polizeibehörde des MdL der GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei mitgeteilt, dass das Oberschenkelholster NICHT als Standard eingeführt wird. Es wurde – zusammen mit der leichteren (bayerischen) Körperschutzausstattung einem Praxistest unterzogen.

Der Fachausschuss Technik der GdP will jetzt in einer schriftlichen Anfrage wissen, welche Bedeutung diese Auskunft für die Polizei insgesamt hat.

Die GdP-Auffassung ist eindeutig: Das Oberschenkelholster ist im Einzelfall geeignet, orthopädischen Problemen vorzubeugen oder Beschwerden zu minimieren. Diese Trageoption muss erhalten bleiben.



Mobiler Arbeitsplatz: Die Zukunft beginnt?

In der Aprilsitzung des Hauptpersonalrates wurden u. a. diese Themen behandelt:

Berichte

DIENSTZWEIGWECHSEL:

Das MdI hat dem HPRP Ausnahmen von der Dienstzweigwechsel-Richtlinie vorgelegt. Im PP Trier sollen elf und im PP Mainz sieben Kolleginnen und Kollegen zugelassen werden, die weniger als zwei Jahre, aber mehr als 6 Monate Einzeldienst erfahrung haben, dem Bewährungsaaufstieg angehören oder über ein einschlägiges Vorstudium verfügen. Der HPRP hat „das Benehmen hergestellt“ und weist darauf hin, dass es sich um demografiebedingte Ausnahmen handelt und dass die Richtlinie über den Dienstzweigwechsel fortgeschrieben werden muss.

GRUNDQUALIFIZIERUNG CYBERANALYSTEN:

Die erstmals angebotene Fortbildung für Cyberanalysten wurde mit guten Ergebnissen evaluiert.

LEBENSARBEITSZEIT:

Nach der Berechnung der Verlängerungszeiträume nach dem Prinzip „VZÄ“ können alle bekannten Verlängerungsanträge für die Jahre 2017 und 2018 positiv beschieden werden. Zusätzliche Anträge, die jetzt noch eingehen sollten, müssen dem MdI vorgelegt werden.

DIGITALISIERUNG KPS:

Die AG bereitet die Beschaffung von Arbeitsplatzscannern vor, die für eine dezentrale zukünftige und retrograde Erfassung von Kriminalakten verwendet werden sollen. Die Erstellung der EDV-Anwendung ist im Zeitplan. Im Herbst 2017 könnte der Wirkbetrieb beginnen.

KOMMISSION INNERE FÜHRUNG:

Erstmals haben die Vertreter der Interessengruppen in der KIF vorgebracht und offen die vorhandenen Problemstellungen thematisiert. Enttäuschend war die Nachricht, dass für die laufende Legislatur keine Befassung mit dem Thema Regelbeförderung nach A 10 zu erwarten ist.



„WARNWESTE“ KRIMINALPOLIZEI:

Das MdI hat einen Zustimmungsantrag zur Beschaffung von „Warnwesten“ für die Kriminalpolizei angekündigt. Der HPRP-Vorstand sieht in diesem Zusammenhang Erörterungsbedarf im Hinblick auf die Ausgestaltung und das zu beschaffende Modell.

Projekt Mobiler Arbeitsplatz

Polizeidirektor Fuchs von der ZPT hat dem HPRP ein Projekt zur Erprobung mobiler Endgeräte als Arbeitsplätze vorgestellt. Vier verschiedene Geräte sollen bei sechs Inspektionen (groß, mittel, klein) Verwendung finden.

Es geht u. a. um Luftschnittstellen zu den wichtigsten RIVAR-Anwendungen und eine Unfallaufnahme-App. Eine Funktion zur Schrifterkennung und -verarbeitung soll inkludiert sein. Die Tauglichkeit für die kriminalpolizeiliche Verwendung wird im Laufe der Anwendungsentwicklung mit geprüft.

Der Pilot wird zwischen 1. August und 1. Oktober beginnen. Ohne eigene Personalkosten liegen die Kosten für den Piloten bei ca. einer halben Mio. Euro.

Der HPRP hat dem Projekt, das die Polizeiarbeit gravierend verändern wird, zugestimmt.

Handreichung „krisenhafte Situationen“

Die KIF hat das Ergebnis einer AG autorisiert und veröffentlicht, das sich mit Führungshandeln und Öffentlichkeitsarbeit im Kontext krisenhafter Situationen befasst. Die Arbeit wird den BuE als Handreichung zur Verfügung gestellt.

Der HPRP hat Kenntnis genommen.

Pilotprojekt Elektronische Dokumentenprüfung

Der Einsatz elektronisch-optischer Geräte zur automatisierten Dokumenten- und Urkundenprüfung soll erprobt werden.

Der HPRP hat grünes Licht gegeben und wird sich an der AG beteiligen.

Ernst Schrbach Tel. 0 61 31/16-33 65
Margarethe Relet -33 78
Heinz Werner Gabler -33 79
Bernd Becker -33 80
Gabi Schramm -33 81



Mein Schiff.



Wir empfehlen

**Unsere Kreuzfahrtempfehlung:
Westeuropa mit Bilbao**

Wir empfehlen unseren Kunden eine ganz besondere Entdeckungsreise mit der Mein Schiff 4 entlang der abwechslungsreichen Küste Westeuropas. Auf dieser Reise entdecken sie fünf Länder in 12 Tagen – ohne ständiges Kofferpacken.

07.06.2017 – 19.06.2017

Es gibt viel zu entdecken: Southampton/London, Portland, Bilbao, La Rochelle, Le Havre/Paris, Zeebrügge und Amsterdam. Informieren Sie sich!

Mein Schiff.

Mein Schiff.



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas Cook
Reisebüro

Frau Alexandra Grün
Tel.: 06703 - 305 502
Fax: 0711 - 57 99 12

www.psw-reisen.de
agruen@psw-reisen.de



**ALLES GUTE IM
RUHESTAND**

Norbert Engel,
KG PP/PD Mainz

Rolf Castor,
KG PD Mayen

Toni Henrich,
KG PP/PD Koblenz

**WIR GRATULIEREN
ZUM GEBURTSTAG**

70 Jahre

Horst Vinhoven,
KG Rhein-Nahe

Marianne Citius,
KG PP/PD Koblenz

Alfred Georgi, KG PD Trier

Ursula Riess, KG PP/PD Mainz

Siegfried Rothert,
KG Vorderpfalz

75 Jahre

Horst Steigerwald, KG Südpfalz

Ludwig Seitz, KG WSP

Wolfgang Menzel,
KG PP/PD Koblenz

Reinhold Dahm, KG PP Trier

80 Jahre

Karl Theiss,
KG PD Kaiserslautern

85 Jahre

Ewald Redmann,
KG PP/PD Mainz

90 Jahre

Marianne Schlitzer,
KG Vorderpfalz

PERSONENGRUPPEN IN DER BG WESTPFALZ

Vorstände neu gewählt

Die GdP-Bezirksgruppe Westpfalz hat in einer Personengruppenkonferenz Neuwahlen der Vorstände der Frauengruppe, der Seniorengruppe und der JUNGEN GRUPPE neu gewählt. Bewährte Kräfte wurden durch neue ergänzt.

Sowohl in der Frauengruppe als auch in der Seniorengruppe wurden die bisherigen Vorsitzenden **Sybille Sutter** und **Gerhard Brenner** einstimmig wiedergewählt.

Frauengruppe

Den Vorstand in der Frauengruppe der Bezirksgruppe Westpfalz komplettieren **Stefanie Grün** und **Angela Gorges** als stellv. Vorsitzende sowie als Beisitzerinnen die Kolleginnen **Bärbel Klein, Susan Metternich, Judith Cappel, Anja Elig, Angela Walz** und **Silke Stein**. Damit finden sich im Vorstand alle Bereiche des polizeilichen Alltags wieder: Schutzpolizei, Kriminalpolizei und auch die Polizeiverwaltung.

Seniorengruppe

Der Vorsitzende der Seniorengruppe, **Gerhard Brenner**, wird künftig von seinen „neuen“ Stellvertretern **Heinz Rahm, Karl Kauf** und **Helmut**

Metz vertreten, wodurch aus allen drei Direktionen – Kaiserslautern, Pirmasens und dem Präsidium selbst –, Vertreter gewählt sind.

JUNGE GRUPPE

Besonderes Engagement legte der polizeiliche Nachwuchs an den Tag! Für den Vorsitz der JUNGEN GRUPPE (bis 30 Jahre) bewarben sich gleich zwei Kollegen. Für die Nachfolge des bisherigen „Stelleninhabers“ **James Christmann** wurde **Lars Becker** gewählt sowie zu seinen Stellvertretern **Kevin Koch** und die Kolleginnen **Sabrina Fluhr** und **Silke Stein**.

Gleich weitere 13 Kollegen/-innen wollten ebenfalls Verantwortung in der JUNGEN GRUPPE der GdP übernehmen und bewarben sich als Beisitzer/-innen. Damit machten den Vorstand komplett: **Daniel Schmitt, Philip Piontkowski, Marcel Strauß, Thorsten Fissler, Denis Petry, Fabian Zimmer, Melissa Scherer, Verena Wilhelm, Kyra Lotz, Christopher Wickel, Michael Zirkel, Phillip Klein** und **Alexander Gehring**.

WIR TRAUERN UM

Kerner Peter,
KG Rhein-Nahe, 96 Jahre

Stefan Schmidt,
KG PP Trier, 50 Jahre

Herbert Jäpel,
KG PD Neustadt, 81 Jahre

Josef Bosslet,
KG PD Pirmasens, 99 Jahre

Josef Wilwers,
KG PD Wittlich, 75 Jahre

Eleonore Apel,
KG PP/PD Mainz, 89 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

**SEMINARANGEBOT
VELSPOL**

Der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter – VELSPOL – Deutschland teilt mit, dass er in diesem Jahr ein interessantes und abwechslungsreiches Seminar anbietet. Dieser Link führt direkt auf die Programmseite und zur Anmeldung.

<https://bundesseminar.wixsite.com/hh2017/programm>

Der Antrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung zur Anerkennung als Fortbildungsveranstaltung wurde gestellt.

